

**Information und Entscheidung zu den Äußerungen aus der Beteiligung
der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
vom 18.11.2025 bis zum 21.12.2025
sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
vom 18.11.2025 bis zum 21.12.2025**

Zweckverband Flugplatz Bitburg, Bebauungsplan Nr. 10 „Shelter Bereich C-West“, 3. Änderung

Die folgenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden zur Planung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Name der Behörde / des Trägers öffentlicher Belange	Datum der Rückäußerung
01. Agentur für Arbeit Trier	-
02. ADD, Referat 21 b, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier	18.11.2025
03. Bischöfliches Generalvikariat Trier, Postfach 1340, 54203 Trier	-
04. Bit Air Flug GmbH,	-
05. Bundesforst Bundesforstbetrieb Rhein-Mosel, Grünbacherweg 7, 55774 Baumholder	-
06. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ostallee 3-5, 54290 Trier	-
07. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Hauptstelle Dortmund – Sparte Portfoliomanagement – Träger öffentlicher Belange (RLP) Nebenstelle Düsseldorf, Fontanenstraße 4, 40470 Düsseldorf	-
08. Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Region Mitte, Liegenschaftsmanagement, Camberger Straße 10, 60327 Frankfurt am Main	-
09. Deutsche Post Immobilienservice GmbH	-
10. Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Straße 15-19, 56727 Mayen	28.11.2025
11. Deutscher Wetterdienst, Abteilung Finanzen und Service, Postfach 10 4 65, 63004 Offenbach	24.11.2025
12. DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen	12.12.2025
13. Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel, Westpark 11, 54634 Bitburg	20.11.2025

	-
14. Eisenbahn-Bundesamt (EBA), Landeseisenbahnverwaltung Rheinland-Pfalz, Untermainkai 23-25, 6329 Frankfurt/Main	21.11.2025
15. Ev. Kirchengemeinde, Trierer Straße 17, 54634 Bitburg	-
16. Finanzamt Bitburg-Prüm	-
17. Forstamt Bitburg, Kleiststraße 5, 54634 Bitburg	-
18. Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstraße 12, 55743 Idar-Oberstein	19.11.2025
19. Handwerkskammer Trier, Loebstraße 18, 54292 Trier	-
20. Industrie- und Handelskammer, Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier	19.12.2025
21. Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg	15.12.2025
22. Stadtverwaltung Trier, Amt für Stadtkultur und Denkmalschutz, Viehmarktplatz 20, 54290 Trier	-
23. Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier	16.12.2025
24. Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesdenkmalpflege, Schillerstraße 44, 55116 Mainz	19.11.2025
25. Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Erdgeschichte, Niederberger Höhe 1, 56077 Koblenz	18.11.2025
26. Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, Emy-Roeder-Straße 5, 55129 Mainz	11.12.2025
27. Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein	28.11.2025
28. Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn-Flughafen	17.11.2025
29. Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz – Dienststelle Bekond, In der Göbelwies 1, 54340 Bekond	12.12.2025
30. LBB-Niederlassung Landau – Abt. Pipeline Maßnahmen, Untertorplatz 1, 76829 Landau	-
31. LBB-Niederlassung Trier, Postfach 3410, 54224 Trier	11.12.2025
32. Ministerium d. Innern u. für Sport Oberste Landesplanungsbehörde, Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz	-
33. Planungsgemeinschaft Region Trier, Postfach 40 20, 54290 Trier	-
34. SGD Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier	-
35. Stadtverwaltung Bitburg, Rathaus, 54634 Bitburg	-
36. SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7-13, 54290	19.11.2025
37. Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3-5, 56068 Koblenz	-
38. Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier	15.12.2025

39. Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg	18.11.2025
40. Verkehrsverbund Region Trier GmbH (VRT)	12.12.2025 + 22.12.2025
41. Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, Im Viertheil 24, 54470 Bernkastel-Kues	25.11.2025
42. VGV Bitburger Land, Hubert-Prim-Straße 7, 54634 Bitburg	-
43. Ortsgemeinde Hüttingen/Kyll	-
44. VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Oberstedem	-
45. VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Röhl	-
46. VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Scharfbillig	-
47. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	17.11.2025
48. Westnetz GmbH Regionalzentrum Trier, Eurener Straße 33, 54294 Trier	21.11.2025
49. Regionales Klimabüro Essen des Deutschen Wetterdienstes, Wallneyer Straße 10, 45133 Essen	-
50. Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier (A.R.T), Postfach 47 20, 54237 Trier	-

Es liegen keine Äußerungen / Informationen von neutralen Personen oder Organisationen aus der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vor.

Folgende Äußerungen / Informationen aus der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) liegen vor:	Kommentierung Planungsbüro / Verwaltung
<p>Nr. 02 ADD, Referat 21 b, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier – Schreiben vom 18.11.2025</p> <p>„...zu Ihrer Anfrage bezüglich einer Stellungnahme zur o. g. Planung verweise ich auf das Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen vom 9. Dezember 2005 (3205-4531), (Fundstelle: Min.BI.S.64) Punkt 20:</p> <p>Hiernach ist eine Zuständigkeit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) nur ausschließlich im Bereich des Schulwesens (öffentliche Schulen) gegeben.</p> <p>Die ADD ist somit im vorliegenden Fall kein Träger öffentlicher Belange bzw. eine Stellungnahme meinerseits ist obsolet.</p> <p>Kein Beschluss erforderlich.</p>	<p>zu Nr. 02</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Nr. 10 Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Straße 15-19, 56727 Mayen – Schreiben vom 28.11.2025</p> <p>„...wir danken Ihnen für die Mitteilung Ihrer Planungsabsichten.</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 2 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegsicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Gegen die o. a. Planung haben wir keine grundsätzlichen Einwände. Wir weisen jedoch auf folgendes hin:</p> <p>In dem von Ihnen angezeigten Bereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH, die ggf. von ihrer Baumaßnahme berührt werden. Die</p>	<p>zu Nr. 10</p> <p>Dass gegen die Planung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

<p>vorhandenen Telekommunikationslinien sind zu berücksichtigen, damit kostenintensive Veränderungen vermieden werden. Wir weisen darauf hin, dass Veränderungen an unseren Anlagen nur durch uns beauftragte Unternehmer erfolgen darf. Die vorhandenen Telekommunikationslinien sind aus dem beigefügten Plan ersichtlich.</p> <p>Im Planbereich befinden sich noch keine Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH zur Versorgung des o. g. Neubaugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom Deutschland GmbH. Daher ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien (TK-Linien) erforderlich.</p> <p>Daher beantragen wir folgendes sicherzustellen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - dass für den Ausbau des Telekommunikationsliniennetzes im Erschließungsgebiet eine ungehinderte, unentgeltliche und kostenfreie Nutzung der künftigen Straßen und Wege möglich ist, - dass auf Privatwegen (Eigentümerwegen) ein Leitungsrecht zugunsten der Telekom Deutschland GmbH als zu belastende Fläche festzusetzen entsprechend § 9 (1) Ziffer 21 BauGB eingeräumt wird, - dass eine rechtzeitige Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen nach DIN 1998 vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt. <p>Wir bitten folgenden fachlichen Hinweis in die Begründung des Bebauungsplanes aufzunehmen.</p> <p>In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von ca. 0,30 m für die Unterbringung der Telekommunikationslinien vorzusehen. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das „Merkblatt Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013 zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.</p>	<p>Entsprechende fachliche Hinweise werden bei Bedarf in den textlichen Festsetzungen und nicht in der Begründung abgedruckt. Die textlichen Festsetzungen werden entsprechend ergänzt.</p>
--	---

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass für die Arbeiten der Telekom Deutschland GmbH ein mit uns abgestimmtes eigenes Zeitfenster eingeplant wird.

Bitte informieren Sie uns 6 Monate vor Beginn der Erschließungsarbeiten, damit alle Koordinationsvorteile für den Aufbau der Telekommunikationsversorgung genutzt werden können.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen an vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden. Die Kabelschutzanweisung der Telekom Deutschland GmbH ist zu beachten. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher von uns in die genaue Lage dieser Anlagen einweisen lassen. (Planauskunft.Mitte@telekom.de).

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass der beigefügte Plan keine Einweisung ersetzt! Bitte beteiligen Sie uns weiterhin im Rahmen des Bauleitplanverfahrens bei der Aufstellung von Bebauungsplänen gemäß § 4 des BauGB ausschließlich unter der folgenden E-Mail-Adresse:

T-NL-SW-Pti-14-Bauleitplanung@telekom.de“

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss: Die textlichen Festsetzungen werden um einen Hinweis zu den einzuhaltenden Abständen zu Leitungen ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Nr. 11 Deutscher Wetterdienst, Abteilung Finanzen und Service, Postfach 10 4 65, 63004 Offenbach – Schreiben vom 24.11.2025	zu Nr. 11
„...der Deutsche Wetterdienst (DWD) bedankt sich als Träger öffentlicher Belange für die Beteiligung an o. a. Vorhaben. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.“	Der Hinweis, dass gegen die Planung keine Einwände bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 12 DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen – Schreiben vom 12.12.2025	zu Nr. 12
„...durch die oben aufgeführte Planung werden Belange der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH bezüglich §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht berührt. Es werden daher unsererseits weder Bedenken noch Anregungen vorgebracht. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht notwendig. Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 LuftVG unberührt. Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.	Der Hinweis, dass keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht werden, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 13 Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel, Westpark 11, 54634 Bitburg – Schreiben vom 20.11.2025	zu Nr. 13
„...gegen die 3. Änderung des vorliegenden Bebauungsplans bestehen unsererseits keine Bedenken, da Belange unseres Hauses nicht betroffen sind.“	Der Hinweis, dass gegen die Planung keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 14 Eisenbahn-Bundesamt (EBA), Landeseisenbahnverwaltung Rheinland-Pfalz, Untermainkai 23-25, 6329 Frankfurt/Main – Schreiben vom 21.11.2025	zu Nr. 14
<p>„...Ihr Schreiben ist am 17.11.2025 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.</p> <p>Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Planung nicht berührt. Insofern bestehen keine Bedenken.“</p>	<p>Der Hinweis, dass Belange des Eisenbahn-Bundesamtes von der Planung nicht berührt werden und keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 18 Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstraße 12, 55743 Idar-Oberstein – Schreiben vom 19.11.2025	zu Nr. 18
<p>„...wir danken für die Beteiligung an im Betreff genanntem Vorhaben und teilen Ihnen mit, dass nach Prüfung der zugesandten Planunterlagen keine der von unserer Gesellschaft betreuten Anlagen betroffen sind.</p> <p>Zuständigkeitshalber haben wir Ihre Anfrage an folgende Dienststelle zur Beantwortung abgegeben:</p> <p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I3 TÖB Fontainengraben 200 53123 Bonn.</p>	<p>Die genannte Dienststelle wurde ebenfalls beteiligt.</p>

BAIUDBwToeB@bundeswehr.org	
Info: Die in unserem Zuständigkeitsbereich befindlichen Produktenfernleitungen der NATO und der Bundeswehr sind vom Vorhaben nicht betroffen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

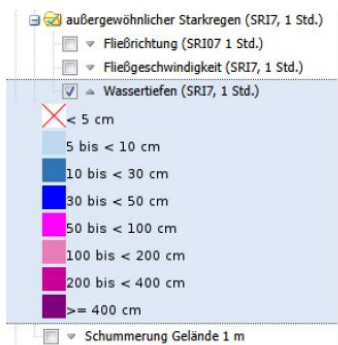
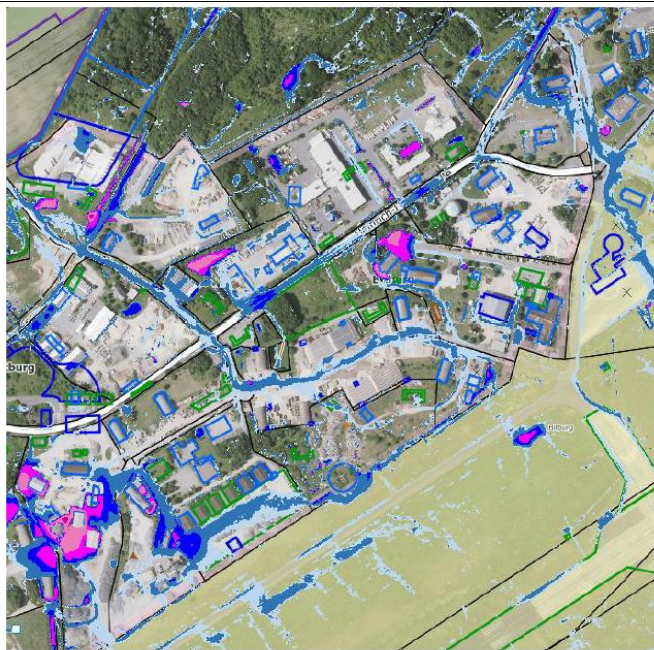
Nr. 20 Industrie- und Handelskammer, Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier – Schreiben vom 22.12.2025	zu Nr. 20
<p>„...vielen Dank für die Beteiligung an dem oben genannten Verfahren. Der vorgesehenen 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10 „Shelter Bereich C-West“ im Bereich des Flugplatz Bitburg stehen seitens der IHK Trier keine Bedenken entgegen. Hinweise auf eine mögliche Beeinträchtigung der von uns vertretenen Belange der Wirtschaft liegen uns nicht vor. Die durch die vornehmlich geplante Zusammenlegung der baulichen Flächen größeren und besser nutzbaren Baufenster sind aus IHK-Sicht zu begrüßen.</p> <p>Für künftige Mitteilungen im Rahmen der Bauleitplanung bitten wir Sie in Zukunft unsere Funktions-E-Mail-Adresse bauleitplanung@trier.ihk.de zu nutzen.</p>	Der Hinweis, dass die IHK die Planung begrüßt, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 21 Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg – Schreiben vom 15.12.2025	zu Nr. 21
<p>„...zu dem von Ihnen mit Schreiben vom 17.11.2025 übersandten Entwurf des oben genannten Bebauungsplanes geben wir nach Anhörung der betroffenen Ämter unseres Hauses für die Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm folgende zusammengefasste Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB ab:</p> <p>1. Bauwesen</p> <p>1.1. Gegen die vorgesehene 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10 „Shelter Bereich C-West“ bestehen aus baurechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Die Änderung erfolgt im vereinfachten Verfahren gem. § 13</p>	

<p>1.2. Es wird unsererseits ausdrücklich begrüßt, dass hier eine konsistente Planfassung erstellt wird, die den Ursprungsplan inkl. aller bisherigen Änderungen umfasst. Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass die 2. Änderung des B-Plans bislang nicht in Kraft getreten ist. Sofern die diesbezüglichen Änderungen hier aufgenommen werden, sind diese auch zum Gegenstand des vorliegenden Verfahrens zu machen. Hierauf ist auch in der Begründung besonders einzugehen. § 4a Abs. 3 BauGB ist zu beachten.</p> <p>1.3. Die in der Nutzungsschablone der Planzeichnung abgedruckte Höhenfestsetzung steht im Widerspruch zur Textfestsetzung Ziffer 1.1.2. Weiterhin ist auch die entsprechende Systemskizze anzupassen.</p> <p>1.4. Im nordöstlichen sowie südöstlichen Teil der Planzeichnungen gibt es sehr starke Versprünge in der Abgrenzung zwischen Bauflächen und Grünflächen. Der Verlauf von Bauflächen, Baugrenzen und Grünflächen lässt sich daher teilweise sehr schwer nachvollziehen. Wir bitten um Überprüfung und Ergänzung der Bemaßung der Baugrenzen, Bauflächen und Grünflächen (Länge, Breite, Abstände zu den Grundstücksgrenzen).</p> <p>1.5. Die Textfestsetzungen werden auf der Planzeichnung abgedruckt. Mit Blick auf die künftige Prüfung von Bauanträgen würden wir es begrüßen, wenn uns eine zusätzliche Arbeits- / Lesefassung der Textfestsetzungen als separates Dokument zur Verfügung gestellt wird.</p> <p>2. Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>2.1. In der „Begründung“, Punkt 6, wird festgestellt: „Alle Festsetzungen zur Grünordnung, zu Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gelten unverändert fort“.</p>	<p>Der Hinweis, dass gegen die Planung keine Bedenken bestehen und die Anwendung des § 13 BauGB nachvollziehbar dargelegt wurde, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Zustimmung der Kreisverwaltung wird zur Kenntnis genommen. Es ist richtig, dass die 2. Änderung des Bebauungsplans nie in Kraft gesetzt wurde. Daher wurden die in diesem Zusammenhang beschlossenen Änderungen in die 3. Änderung eingearbeitet. Dies ging aber offenbar aus den Unterlagen nicht eindeutig hervor. Daher wird die Begründung zur 3. Änderung klarstellend ergänzt.</p> <p>Die Höhenfestsetzung wird so angepasst, dass der Widerspruch ausgeräumt wird. Die Systemskizze auf der Planzeichnung wird entsprechend angepasst.</p> <p>Die Planzeichnung wird gemäß dem Wunsch der Kreisverwaltung redaktionell überarbeitet und angepasst.</p> <p>Die Kreisverwaltung erhält ein separates Exemplar der Textfestsetzungen als Lesefassung.</p>
---	---

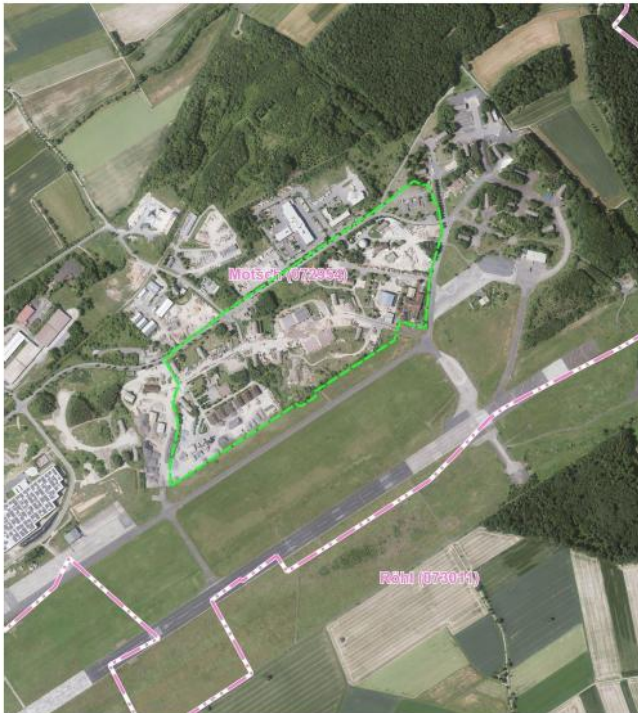
<p>Unter Punkt 7.3 der „Begründung“ wird ergänzt: „Im Zuge der 3. Änderung ergeben sich keine nachteiligen Auswirkungen auf vorhandene Grün- und Freiflächen, Baumbestände usw. Im Zuge der 3. Änderung werden lediglich einzelne überbaubare Flächen zusammengefasst.“ An anderer Stelle wird aufgeführt, dass sich an Art und Maß der zulässigen Nutzung nichts ändert. In Anbetracht dieser Voraussetzungen werden keine Anregungen oder Bedenken der unteren Naturschutzbehörde zum Verfahren der 3. Änderung des B-Plans eingebracht.</p>	<p>Dass seitens der Unteren Naturschutzbehörde keine Anregungen oder Bedenken eingebracht werden, wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>3. Raumordnung und Landesplanung</p> <p>3.1. Der Planbereich ist gem. geltender Flächennutzungsplanung bereits überwiegend als „gewerbliche Baufläche“ dargestellt. Lediglich schmale südliche Randstreifen sowie eine kleine sich im östlichen Bereich des Plangebietes befindliche Fläche werden als „öffentliche Grünflächen“ dargestellt. Der vorbereitende Bebauungsplan stellt den mittigen Bereich als eine Kirche bzw. kirchliche und sozialen Zwecken dienendes Gebäude und Einrichtung im Sinne von § 5 Abs. 2 Nr. 2 BauGB dar.</p> <p>Die vorgelegte Planung beabsichtigt, den überwiegenden Teil des Plangebietes als „Gl“ gem. § 9 BauNVO festzusetzen. Die bereits in der Ursprungsfassung und sämtlichen Änderungsfassungen enthaltenen öffentlichen Grünflächen und auch die Fläche für den Gemeinbedarf (hier der Kirche) werden auch mit der 3. Änderung dieses Bebauungsplanes räumlich nicht verändert, so dass dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB hier entsprochen wird.</p> <p>Aus Sicht der Raumordnung und Landesplanung bestehen keine Bedenken gegen das Planungsvorhaben.</p>	
<p>4. Brandschutz</p> <p>4.1. In jedem Baugebiet muss eine ausreichend Löschwassermenge von der Gemeinde als Träger der Löschwasserversorgung zur Verfügung gestellt</p>	<p>Dass aus Sicht der Raumordnung und Landesplanung keine Bedenken gegen die Planung bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p>

<p>werden. Die Löschwassermenge ist nach dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW-Regelwerkes zu bestimmen. (DVGW = Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V.).</p> <p>4.2. Zur Sicherstellung der erforderlichen Löschwassermenge können z.B. folgende Entnahmestellen genutzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - An das öffentliche Wasserversorgungsnetz angeschlossene Hydranten gemäß DIN EN 14339 (Unterflurhydrant) bzw. DIN EN 14384 (Überflurhydrant), - Löschwasserteiche gemäß DIN 14210, - unterirdische Löschwasserbehälter gemäß DIN 14230 oder offene Gewässer mit Löschwasser-Entnahmestellen gemäß DIN 14210. <p>5. Wasserrecht</p> <p>5.1. Ein Wasserschutzgebiet ist vorliegend nicht ausgewiesen. Zudem befinden sich keine oberirdischen Gewässer innerhalb des Plangebietes. Aus wasserrechtlicher Sicht bestehen somit grundsätzlich keine Bedenken.</p> <p>5.2. Hinsichtlich der zahlreichen, im Plangebiet vorkommenden Bodenschutzflächen wird auf die Stellungnahme der oberen Bodenschutzbehörde (Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz Trier) verwiesen.</p> <p>5.3. Hinweis: Bezüglich der Starkregenthematik möchten wir darauf hinweisen, dass das Plangebiet laut Sturzflutgefahrenkarten bei einem außergewöhnlichen Starkregenereignis (Dauer 1 Std; SRI 7) vereinzelt bis zu 200 cm eingestaut wird.“</p>	<p>Die Hinweise zur erforderliche Löschwassermenge werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dass aus wasserrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen die Änderung des Bebauungsplans bestehen wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
---	---



<p>6. Sonstiges</p> <p>6.1. Wir bitten Sie, die vorstehenden Anregungen und Hinweise im weiteren Verfahren, insbesondere im Rahmen der erforderlichen Abwägung der öffentlichen und privaten Belange, zu beachten und zu berücksichtigen.</p> <p>6.2. Zur Vermeidung unnötiger Verzögerungen im weiteren Verfahren bitten wir darauf zu achten, dass die im Rahmen der Abwägung gefassten Beschlüsse vollständig in den Planunterlagen umgesetzt werden.</p> <p>6.3. Nach Inkrafttreten der Satzung bitten wir Sie, uns eine Mehrausfertigung der Urkunde in analoger sowie digitaler Form zu übersenden.“</p>	<p>Die Anregungen und Hinweise werden im Zuge der Abwägung gewürdigt und gemäß den hierzu gefassten Beschlüssen in die Planung eingearbeitet</p> <p>Die Kreisverwaltung erhält nach Inkrafttreten der Satzung eine Mehrausfertigung der Urkunde in digitaler und analoger Form.</p>
<p>Beschluss:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die im Zusammenhang der 2. Änderung des Bebauungsplans beschlossenen Änderungen werden in der Begründung zur 3. Änderung nochmals deutlicher erläutert. Die Begründung wird klarstellend ergänzt. 2. Die Höhenfestsetzungen werden so angepasst, dass sich keine Widersprüche mehr ergeben. Die Systemskizze auf der Planzeichnung wird entsprechend angepasst. 3. Gemäß dem Wunsch der Kreisverwaltung wird ein separates Exemplar der Textfestsetzungen als „Lesefassung“ hergestellt. 	
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:</p>	

<p>Nr. 23 Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier – Schreiben vom 16.12.2025</p>	<p>zu Nr. 23</p>
<p>„...in dem angegebenen Planungsbereich sind der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier bislang keine archäologischen Fundstellen bekannt bzw. archäologische Fundstellen sind durch die Planung nicht in ihrem Bestand gefährdet. Daher haben wir keine Bedenken gegen die Planung.</p> <p>Trotz dieser Stellungnahme ist die Direktion Landesarchäologie an den weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen, da jederzeit bisher unbekannte Fundstellen in Erscheinung treten können.</p> <p>Es gelten grundsätzlich die Bestimmungen gem. §§ 19 und 21 Abs. 3 Denkmalschutzgesetz (DSchG) Rheinland-Pfalz vom 23.3.1978 (GVBl., 1978, S.159 ff., zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 20.12.2024 [GVBl. S. 477]).</p> <p>Diese Stellungnahme betrifft ausschließlich die archäologischen Kulturdenkmäler und ersetzt nicht Stellungnahmen der Direktion Landesdenkmalpflege in Mainz zu den Baudenkmalern und der Direktion Landesarchäologie - Erdgeschichte in Koblenz. Eine interne Weiterleitung ist nicht möglich.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.</p>	<p>Dass seitens der GDKE keine Bedenken gegen die Planung bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die genannten Direktionen wurden ebenfalls beteiligt.</p>



Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 10
„Shelter Bereich C-West“, 3. Änderung

Kein Beschluss erforderlich.

Nr. 24 Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesdenkmalpflege, Schillerstraße 44, 55116 Mainz – Schreiben vom 19.11.2025	zu Nr. 24
<p>„...wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 17.11.2025 und die Beteiligung unserer Behörde gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie Denkmalschutzgesetz Rheinland-Pfalz gemäß § 1 Abs. 3 im vorliegenden Vorhaben.</p>	

<p>Aus Sicht der Direktion Landesdenkmalpflege sind im Rahmen des o.g. Planungsverfahren die Belange der Denkmalpflege nicht betroffen.</p> <p>Hinweis zu Kleindenkmälern und Grenzzeichen: Im Rahmen des Planungsverfahren ist zu berücksichtigen, dass sich im Planungsgebiet gemäß DSchG RLP §§ 3, 4 und 5 denkmalgeschützte Kleindenkmäler und Grenzzeichen (u.a. Grenzsteine, Kilometer- oder Stundensteine, Loogfelsen, Menhire) befinden können. All diese genannten Kleindenkmäler und Grenzzeichen sind prinzipiell in situ zu belassen.</p> <p>Insbesondere Grenzzeichen können noch heute eine historische oder noch immer bestehende Grenzlinie dokumentieren bzw. als ein Bestandteil eine noch aus mehreren tradierten Grenzzeichen bestehende historische Grenzlinie überliefern.</p> <p>Sollten daher im Rahmen von Maßnahmen und Bauausführungen Kleindenkmäler, Grenzzeichen wie Grenzsteine, Kilometer- oder Stundensteine, Loogfelsen, Menhire oder Ähnliches im Planungsgebiet vorgefunden und festgestellt werden, ist die Denkmalfachbehörde – Direktion Landesdenkmalpflege und Direktion Landesarchäologie der GDKE – von diesen und Ihrem Standort sofort in Kenntnis zu setzen, die Kulturdenkmäler sind in situ zu belassen und bei erforderlicher Veränderung gemäß § 13 DSchG das weitere Vorgehen in jedem Einzelfall mit den Denkmalbehörden, hier der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und den o.g. Denkmalfachbehörden umgehend und im Vorfeld der Veränderungen abzustimmen.</p> <p>Dieser Hinweis auf den Genehmigungsvorbehalt ist als Rechtsgrundlage im Planungsbeschluss aufzuführen und denkmalrechtlich zu genehmigen.</p> <p>Hinweis zu den Stellungnahmen der GDKE: Diese Stellungnahme betrifft nur die Belange der Direktion Landesdenkmalpflege. Stellungnahmen der Direktion Landesarchäologie sowie der Landesarchäologie, Referat Erdgeschichte sind gesondert einzuholen.“</p>	<p>Der Hinweis, dass die Belange der Direktion Landesdenkmalpflege durch die Planung nicht betroffen sind, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die genannten Direktionen wurden ebenfalls beteiligt.</p>
<p>Kein Beschluss erforderlich.</p>	

Nr. 25 Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Erdgeschichte, Niederberger Höhe 1, 56077 Koblenz – Schreiben vom 18.11.2025	zu Nr. 25
<p>„...wir haben das Vorhaben zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der Direktion Landesarchäologie/Erdgeschichtliche Denkmalpflege bestehen hiergegen keine Bedenken. Am weiteren Verfahren müssen wir nicht mehr beteiligt werden.</p> <p>Diese Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Belange der Direktion Landesarchäologie/Erdgeschichtliche Denkmalpflege. Gesonderte Stellungnahmen der Direktion Landesdenkmalpflege/Praktische Denkmalpflege Mainz und der Direktion Landesarchäologie/Außenstelle Trier bleiben vorbehalten und sind ggf. noch einzuholen. Eine interne Weiterleitung ist nicht möglich.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis, dass gegen die Planung keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die genannten Direktionen wurden ebenfalls beteiligt.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 26 Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, Emy-Roeder-Straße 5, 55129 Mainz – Schreiben vom 11.12.2025	zu Nr. 26
<p>„...aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) werden zum oben genannten Planvorhaben folgende Anregungen, Hinweise und Bewertungen gegeben:</p> <p>Bergbau / Altbergbau:</p> <p>Die Prüfung der hier vorhandenen Unterlagen ergab, dass die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 "Shelter Bereich C-West" im Bereich der auf Eisen verliehenen, bereits erloschenen Bergwerksfelder "Röhl VI" und "Röhl VIII" liegt. Aktuelle Kenntnisse über die letzten Eigentümerinnen liegen hier nicht vor.</p> <p>Über tatsächlich erfolgten Abbau in diesen Bergwerksfeldern liegen unserer Behörde keine Dokumentationen oder Hinweise vor.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

<p>Boden und Baugrund – allgemein:</p> <p>Sofern noch Eingriffe in den Baugrund geplant sind, sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen. Für Neubauvorhaben oder größere An- und Umbauten (insbesondere mit Laständerungen) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen empfohlen.</p> <p>Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben der DIN 19731 und der DIN 18915 zu berücksichtigen. - mineralische Rohstoffe</p> <p>Gegen das geplante Vorhaben bestehen aus rohstoffgeologischer Sicht keine Einwände.</p> <p>Geologiedatengesetz (GeolDG)</p> <p>Nach dem Geologiedatengesetz ist die Durchführung einer Bohrung bzw. geologischen Untersuchung spätestens 2 Wochen vor Untersuchungsbeginn beim Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) anzuzeigen. Für die Anzeige sowie die spätere Übermittlung der Bohr- und Untersuchungsergebnisse steht das Online-Portal Anzeige geologischer Untersuchungen und Bohrungen Rheinland-Pfalz unter</p> <p style="text-align: center;">https://geoldg.lgb-rlp.de</p> <p>zur Verfügung.</p> <p>Weitere Informationen zum Geologiedatengesetz finden Sie auf den LGB Internetseiten sowie im Fragenkatalog unter</p> <p style="text-align: center;">https://www.lgb-rlp.de/fachthemen/geologiedatengesetz/faq-geoldg.html</p>	<p></p> <p>Dass aus rohstoffgeologischer Sicht keine Einwände gegen die Planung bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis auf das Geologiedatengesetz wird zur Kenntnis genommen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 27 Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein– Schreiben vom 28.11.2025	zu Nr. 27
<p>„...das Plangebiet hat einen ausreichenden Abstand zu klassifizierte Straßen. Die verkehrliche Er-schließung des Plangebietes erfolgt über Stadtstraßen.</p> <p>Wir stimmen der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 „Schelter Bereich C-West“ zu.</p>	<p>Der zustimmende Hinweis zur Planung wird zur Kenntnis genommen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 28 Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn-Flughafen – Schreiben vom 17.11.2025	zu Nr. 28
<p>„...mit Schreiben vom 17.11.2025 haben Sie uns über die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplans informiert und uns um Stellungnahme gebeten.</p> <p>Das Bauvorhaben befindet sich innerhalb der Hindernisbegrenzungsfläche des Sonderlandeplatzes Bitburg im Sinne der „Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb (NfL I 92/13)“.</p> <p>Aus luftrechtlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Ausweisung des Bauvorhabens in der vorgelegten Fassung, wenn die Hindernisbegrenzungsfläche nicht berührt werden.</p> <p>Der Einsatz von mobilen Autokränen oder sonstigen Kränen ist erneut beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667c, 55483 Hahn-Flughafen zu beantragen. Aufgrund der möglicherweise erforderlichen Beteiligung weiterer Behörden bitten wir um frühzeitige Antragstellung, mindestens 10 Werktage vor dem geplanten Kraneinsatz.“</p>	<p>Dass aus luftrechtlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken gegen die Planung bestehen wird zur Kenntnis genommen. Die Hindernisbegrenzungsflächen sind im Rahmen der Baugenehmigungsplanung zu beachten.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Kein Beschluss erforderlich.

Nr. 29 Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz – Dienststelle Bekond, In der Göbelwies 1, 54340 Bekond – Schreiben vom 12.12.2025	zu Nr. 29
„...gegen den Bebauungsplan Nr. 10 Shelter Bereich C-West in der Stadt Bitburg bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.“	Dass auch landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen die Planung bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 31 LBB-Niederlassung Trier, Postfach 3410, 54224 Trier – Schreiben vom 11.12.2025	zu Nr. 31
„...die LBB Niederlassung Trier hat den Auftrag zur Untersuchung von Altlasten und Kampfmittel in verschiedenen Bereichen des ehemaligen Flugplatzes Bitburg. Für weitere Informationen und den genauen Abschluss bzw. Sachstand steht Ihnen unser Projektarbeiter für den Bereich Altlastenbeseitigung Herr Tautges Tel. 0651 2093 395 gerne zur Verfügung.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 36 SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7-13, 54290– Schreiben vom 19.11.2025	zu Nr. 36
<p>„...haben wir generell keine Bedenken.</p> <p>Wir möchten allerdings nochmals darauf hinweisen, dass im Plangebiet (Heinrich-Herz-Str., Alte Röhler Str., Hans-Bongers-Str.) Gasmitteldruckleitungen und Gashochdruckleitungen vorhanden sind.</p> <p>Ebenso ist das Grundstück 19/2 mit Gas erschlossen.</p> <p>Auf dem Grundstück 22/2 befindet sich die Biogasanlage der Biogaspartner Bitburg GmbH.</p>	<p>Der Hinweis, dass keine Bedenken gegen die Planung bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die weiterführenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

<p>Wie bereits in der Textlichen Festsetzung unter Punkt 1.7 geschrieben, ist eine Bebauung oder das Anpflanzen von tiefwurzelndem Gehölz in einem Schutzstreifen von 3 m nicht gestattet.</p> <p>Detaillierte Informationen über bestehende Erdgasversorgungsleitungen können über unsere Abteilung T-G bzw. über unsere Internetseite www.swt.de unter Bereich Netz – Netzauskunft angefordert werden.</p> <p>Im Hinblick auf die Erkundungs- und Sicherungspflicht von Bauunternehmen bei der Durchführung von Bauarbeiten ist rechtzeitig vor Baubeginn der Arbeiten bei unserer Abteilung T-G aktuelle Auskunft über die Lage und Tiefe der im Bau- bzw. Aufgrabungsbereich liegenden Versorgungsleitungen einzuholen.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.“</p>	
Kein Beschluss erforderlich.	

<p>Nr. 38 Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier – Schreiben vom 15.12.2025</p>	<p>zu Nr. 38</p>
<p>„...die Belange des anlagenbezogenen Immissionsschutzes bleiben von der vorgesehenen 3. Änderung des Bebauungsplans unberührt. Daher bestehen von hier aus keine Bedenken gegen das Planvorhaben.“</p>	<p>Der Hinweis, dass die Belange des anlagenbezogenen Immissionsschutzes von der Planung unberührt bleiben und daher keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

<p>Nr. 39 Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg – Schreiben vom 18.11.2025</p>	<p>zu Nr. 39</p>
<p>„...nach Durchsicht der dem o.a. Entwurf der Bebauungsplanänderung zugehörigen Unterlagen teilen wir mit, dass wir keine Bedenken gegen den vorliegenden Planentwurf haben.“</p>	<p>Dass seitens der Stadtwerke Bitburg keine Bedenken gegen die Planung bestehen, Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

[illegible]

Nr. 41 Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, Im Viertheil 24, 54470 Bernkastel-Kues – Schreiben vom 25.11.2025	zu Nr. 41
„...vielen Dank für die Beteiligung am oben genannten Verfahren. Der Änderung des Bebauungsplans „Nr. 10 – Shelter Bereich C – West – 3. Änderung“ in der Stadt Bitburg stehen seitens des Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel keine Bedenken entgegen.“	Der Hinweis, dass seitens des Vermessungs- und Katasteramtes keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 47 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn – Schreiben vom 17.11.2025	zu Nr. 47
„...vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“	Der Hinweis, dass seitens des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 48 Westnetz GmbH Regionalzentrum Trier, Eurener Straße 33, 54294 Trier – Schreiben vom 21.11.2025	zu Nr. 48
<p>„...im o.g. Bereich betreiben wir Niederspannung.-, Mittelspannungs.- und Straßenbeleuchtungsnetze.</p> <p>Als Anlage senden wir Ihnen Planunterlagen, in denen unsere im Geltungsbereich des Bebauungsplanes vorhandenen Leitungen eingetragen sind, mit der Bitte, diese bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Werden unsere Belange in diesem Sinne beachtet, dann bestehen aus unserer Sicht gegen Ihre weiteren Planungen keine Bedenken.“</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass seitens der Westnetz GmbH keine Bedenken gegen die Planung bestehen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	